

16. V. 1917

L 70000
52
1917
16. V. - 13. VI.
Innere Politik
17

Innerpolitisches.

Die heutige Vollversammlung der Christlich-sozialen Vereinigung.

Parteiämtlich wird verlautbart:

Die Christlichsoziale Vereinigung Deutscher Abgeordneter hielt heute im Abgeordnetenhaus eine mehrstündige Beratung, in der zunächst Chefredakteur Doktor F u n d e r einen Bericht über die militärischen Vorgänge an allen Fronten erstattete. Im Anschlusse daran wurde dem Wunsche und der Hoffnung auf einen baldigen, ehrenvollen Friedensschluß Ausdruck gegeben.

Nächster Punkt der Tagesordnung war die Besprechung der politischen Lage, die durch den Bericht des Landeshauptmannes H a u s e r über die Tätigkeit des Klubvorstandes seit der letzten Klubitzung eingeleitet wurde. Abg. F i n k berichtete über die Besprechungen mit Vertretern anderer Parteien des Hauses, insbesondere über die Geschäftsordnung. Der Bericht der Klubleitung wurde einmütig zustimmend zur Kenntnis genommen und die vom Vorstand gefassten Beschlüsse und seine Stellungnahme zu den politischen Ereignissen einstimmig genehmigt.

Abg. F i n k brachte hierauf namens des Vorstandes den von demselben einhellig gutgeheißenen Antrag H a g e n h o f e r vor, mit der Klubleitung einen ständigen O b m a n n zu betrauen und schlug als solchen auf Grund des gleichfalls einstimmigen Beschlusses des Vorstandes den Landeshauptmann von Oberösterreich Prälaten J. N. H a u s e r vor. Dieser Vorschlag fand allseitige freudige Zustimmung und unter lebhaftesten Beifall wurde Landeshauptmann H a u s e r zum Obmann, die Abg. F i n k und S t ö c k l e r zu dessen Stellvertretern einstimmig gewählt.

Der übrige Teil der Beratungen galt den Vorbereitungen für die Parlamentssession, Abg. Doktor M a t a j a berichtete namens des Vorstandes über die bis jetzt geleisteten Vorarbeiten betreffend Anträge über Heilung der Kriegsschäden, Förderung der Produktion und Hebung der Landwirtschaft, Ernährungsfragen, Sebarung der Zentralstellen, Sozialpolitik und Arbeiterfrage, Kongrua sowie Lage der sonstigen Stände, wie Gewerbebestand, Beamte und Angestellte usw. Ein Antrag der Abg. Dr. M a t a j a und Dr. F e r z a b e l betreffs Verbesserung der Gehalts- und Lohnverhältnisse des Personals der k. k. Staatsbahnen im Umfange des vom Reichsverband Christlicher Eisenbahner aufgestellten Memorandums wurde einstimmig beschlossen. Die Beratungen werden am 30. d. fortgesetzt.

„Geschehe, was wolle.“

Zu den bereits gewürdigten Ankündigungen des Prager Jungtschechenblattes bezüglich der parlamentarischen Pläne des Tschechischen Verbandes schreibt die christlichsoziale Parteikorrespondenz „Austria“:

„Geschehe, was wolle!“ schreiben „Narodni Listy“, der Reichsrat müsse alle kritischen Verfassungsangelegenheiten behandeln, die Zensurhandhabung, Internierungs- und Prozeßfragen, Verfassungsänderung im Sinne des böhmischen Staatsrechtes usw. Man versteht. Würden die Ankündigungen der „N. L.“ buchstäblich erfüllt, so würden Streitfragen in das Parlament geworfen werden, die tiefgreifende Gegensätze erscheinen ließen. Das würde zweifellos die Feinde ermutigen und den Frieden hinauschieben. Eine Beweisführung hiefür erübrigt sich wohl. Anträge auf Verfassungsänderungen werden fast alle Parteien einbringen, noch mehr Anfragen über Zensurverbote und sonstige Beschwerden. Soweit sie alsbald zu erledigen, wird dem entsprochen werden, weittragende Probleme aber werden bloß in den politischen Ausschüssen vorläufig vorbereitet und erst nach Friedensschluß endgültig und positiv bearbeitet werden können. Die aufgeregte Geberde der „N. L.“ bloß negativer Gravamina- und Rekrinationspolitik wird dabei dem Auslande nicht vorgeführt werden dürfen. Jede Partei, auch die Tschechen werden die heute und wohl noch längere Zeit gebotenen Rücksichten beobachten müssen. Gegen das „geschehe, was wolle!“ muß daher schon heute e r n s t e r E i n s p r u c h erhoben werden.

Das Prager Jungtschechenorgan setzt seine Giftmischerei fort, indem es die Nichtdeutschen auffordert, nicht mehr einen deutschen Präsidenten zu wählen, da die Nichtdeutschen in der Mehrheit wären. Das Blatt übersieht, daß die „Nichtdeutschen“ weder eine Partei noch eine Nation sind. Jedenfalls ist die Zahl der Nichttschechen im Abgeordnetenhaus ganz beträchtlich größer als die der Nichtdeutschen. Der Fall Smolka beweist, daß die Deutschen auch zur Zeit ihrer größten zahlenmäßigen Stärke aus der Präsidentenwahl keine nationale Prestigefrage machten, sondern die Sachlichkeit walten ließen. — In der laufenden Woche finden Beratungen des Tschechischen Verbandes und in der nächsten Woche gemeinsame Beratungen der Tschechen und Südslaven statt. So meldet die Slav. Kor.